

Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs für das Geschäftsjahr 1971

A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

I. Senat

1. Körperschaftsteuer,
2. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben M—Z,
3. Einkommensteuer (einschließlich Steuerabzug vom Kapitalertrag und Lohnsteuer) von natürlichen Personen und einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich um Fälle der beschränkten Steuerpflicht und um Fragen der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen handelt und wenn die sich daraus ergebenden Fragen allein oder überwiegend zu beurteilen sind. Stehen andere Rechtsfragen von allgemeiner Bedeutung im Vordergrund, so ist der sonst nach dem Geschäftsverteilungsplan zuständige Senat zuständig,
4. Gewerbesteuer, Kirchensteuer, Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer in der Fassung vom 2. November 1961, BStBl I 1961, 707), Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen in den Fällen der Ziff. 1,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 2 und 3,
6. Notopfer Berlin, Währungsnotopfer West-Berlin (Gesetz vom 21. Juli 1949 — Verordnungsblatt für Groß-Berlin S. 217) in den Fällen zu Ziff. 1,
7. Zerlegung der Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952).

II. Senat

1. Erbschaft- und Schenkungsteuer,
2. Grunderwerbsteuer,
3. Kapitalverkehrsteuern,
 - a) Gesellschaftsteuer,
 - b) Wertpapiersteuer,
 - c) Börsenumsatzsteuer,
4. a) Beförderungsteuer,
b) Gesetz zur Besteuerung des Straßengüterverkehrs,
5. Kraftfahrzeugsteuer,
6. Rennwett- und Lotteriesteuer,
7. Versicherungsteuer,
8. Feuerschutzsteuer,
9. Wechselsteuer,
10. Rentenbankgrundschuldensachen,
11. Ostmarkumtauschabgabe (Berlin),
12. Umstellung und Erstattung von Reichssteuern aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 (Berlin),
13. Spielbankabgabe,
14. Urkundensteuer des Saarlandes,
15. Vergnügungssteuer,
16. Hundesteuer.

III. Senat

1. Einheitsbewertung und Bodenschätzung,
2. Vermögensteuer,
3. Grundsteuer, einschließlich Baulandsteuer (Grundsteuer C),
4. Baunotabgabe,
5. Soforthilfeabgabe und Soforthilfe-Sonderabgabe,
6. Hypothekensicherungsgesetz (Umstellungsgrundschuldleistungen),
7. Lastenausgleichsabgaben:
 - a) Vermögensabgabe,
 - b) Hypothekengewinnabgabe,
 - c) Kreditgewinnabgabe,
 - d) Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegsschäden,
 - e) Vermögensabgabe als Kriegsfolge,

8. Landwirtschaftskammerbeiträge, Landwirtschaftskammerumlagen, Landwirtschaftskammerabgaben nach landesgesetzlichen Vorschriften.

IV. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
 - b) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben A—L,
 - c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften, aus Gewerbebetrieb nur für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A—M,
3. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 1 und 2,
4. Zerlegung der Einkommensteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952),
5. Gesonderte Gewinnfeststellung für gewerbliche Betriebe.

V. Senat

1. Umsatzsteuer ausschließlich der Umsatzausgleichsteuer,
2. Sonderumsatzsteuer nach dem Absicherungsgesetz,
3. Getränkesteuer.

VI. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
 - b) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
 - c) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
 - d) Sonstige Einkünfte,
 - e) Sonderausgaben,
 - f) Zusammenveranlagung mit Kindern (§ 27 EStG 1963 und vorher),
 - g) Tarifvorschriften des § 32 EStG und der §§ 32 a — 32 c EStG 1955 ff., auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten (§§ 26, 26 b EStG) wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist,
 - h) Außergewöhnliche Belastung (§§ 33 und 33 a EStG), } soweit nur diese Fragen streitig sind,
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben N—Z,
3. Einheitliche Feststellung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
4. Lohnsteuer,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 2,
6. Steuerabzug vom Kapitalertrag, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
7. Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
8. Kirchensteuer, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
9. Wohnungsbau-Prämien,
10. Zerlegung der Lohnsteuer,
11. Bergmannsprämien,
12. Spar-Prämien,
13. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer,
14. Beiträge nach dem Bremischen Gesetz über die Arbeitnehmerkammern im Lande Bremen,
15. Investitionszulage nach dem Berlinhilfegesetz,
16. Vergünstigung für Arbeitnehmer in Berlin (West) nach dem Gesetz über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West) und nach dem Berlinhilfegesetz.

VII. Senat

1. Zollrecht,
2. Zolltarif,
3. Abschöpfung,
4. Ausfuhrerstattung,
5. a) Ausgleichsteuer,
b) Einfuhrumsatzsteuer und Vergütungen nach dem Ab-
sicherungsgesetz,
6. Biersteuer,
7. Branntweinsteuer,
8. Essigsäuresteuer,
9. Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland,
10. Kaffeesteuer,
11. Leuchtmittelsteuer,
12. Mineralölsteuer,
13. Salzsteuer,
14. Schaumweinsteuer,
15. Spielkartensteuer,
16. Tabaksteuer,
17. Teesteuer,
18. Zuckersteuer,
19. Zündwarensteuer,
20. Branntweinmonopol,
21. Zündwarenmonopol,
22. Kohlenabgabe zur Förderung des Bergarbeiterwohnungs-
baus im Kohlenbergbau,
23. Berliner Ausgleichsabgabe,
24. Schankerlaubnissteuer,
25. Reichsabgaben- und Finanzgerichtsordnung sowie Steuer-
beratungsgesetz bei Streitigkeiten wegen
 - a) geschäftsmäßiger Hilfeleistung in Steuersachen,
 - b) Aufrechnung, wenn der Rechtsstreit ausschließlich die
Aufrechnung betrifft (§ 124 AO),
 - c) Abrechnungsbescheide (§ 125 AO), wenn die Steuerfest-
setzungen nicht bestritten sind,
 - d) Verfügungen (§ 91 AO), die nach § 202 AO erzwingbar
sind, und die Androhung und Festsetzung von Zwangs-
mitteln (§ 202 AO),
 - e) Beitreibungsfragen (Rechtmäßigkeit von Pfändungen,
Unpfändbarkeit von Gegenständen usw.), ausgenommen
Arrestanordnung und Arrestvollzug,
 - f) Steuergeheimnis, wenn nur Fragen des Steuergeheim-
nisses umstritten sind,
 - g) Kosten, mit Ausnahme von Streitigkeiten allein über
den Streitwert im Rahmen von Kostenfestsetzungsver-
fahren,
 - aa) auf Grund von Kostenfestsetzungen durch die
Finanzbehörden,
 - bb) auf Grund von Kostenfestsetzungen durch die
Kosten- bzw. Urkundsbeamten bei den Finanz-
gerichten,
 - cc) die landesrechtlich geregelt sind, soweit der Finanz-
rechtsweg für die Hauptsache eröffnet ist,
 - h) einstweiliger Anordnung, wenn kein Zusammenhang
mit einer Steuer oder einem steuerrechtlichen Feststel-
lungsverfahren besteht,
 - i) Entbindung vom Amt als ehrenamtlicher Finanzrichter.

Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 und 4 in Verbindung mit § 184 Abs. 2
Nr. 5 FGO.

Anmerkungen

I. Ausnahmeregelungen

1. Abweichend von der vorstehenden Geschäftsverteilung
hat ein Senat auch über eine ihm nicht zugewiesene
Steuerart mit zu entscheiden, und zwar
 - a) in den Fällen, in denen die Vorinstanz verschiedene
Steuerarten in einer Entscheidung zusammengefaßt
hat und keine materiell verschiedenen Rechtsfragen
streitig sind,
 - b) in den Fällen, in denen die Vorinstanz nach Steuer-
arten getrennte Entscheidungen getroffen hat, aber
nur eine Rechtsfrage streitig ist, über die einheit-
lich entschieden werden muß.

In diesen Fällen ist für die gesamte Sache der Senat
zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart
mit dem höchsten Streitwert fällt.

2. Wenn der I., IV. oder VI. Senat für Fälle zuständig ist,
in denen Schätzungen von Einkünften dem Grunde oder
(und) der Höhe nach streitig sind, so sind diese Senate
auch zuständig, soweit in diesen Fällen die Schätzun-
gen neben Einkünften auch den Umsatz betreffen. Ist
außer über die Schätzung noch über eine andere um-
satzsteuerliche Frage zu entscheiden, so ist hinsichtlich
der Umsatzsteuer — auch wegen der Schätzung des Um-
satzes — der V. Senat zuständig.

II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., IV. und VI. Senat

- a) Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, von denen
einer die Höhe des Gewinns betrifft, ist grundsätzlich
der I. oder der IV. Senat zuständig.
- b) Ist die Art der Einkünfte streitig, richtet sich die Zu-
ständigkeit nach der Sachentscheidung der Vorinstanz.
Hat diese über die Art der Einkünfte nicht entschieden,
so richtet sich die Zuständigkeit nach der Entscheidung
der Behörde.
- c) Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach Ziff. 2 der
Aufgabengebiete für den I. bzw. nach Ziff. 1 der Auf-
gabengebiete für den IV. und den VI. Senat im Ge-
schäftsverteilungsplan noch nach vorstehender Aus-
nahme- und Abgrenzungsregelung, so ist der Senat zu-
ständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden
Einkünfte fallen.
- d) Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der einheit-
lichen Gewinnfeststellung eine buchstabenmäßige Ab-
grenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist
immer der erste Buchstabe des ersten Familien-
namens maßgebend,
in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe
der Firmenbezeichnung maßgebend.
- e) Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Perso-
nen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht,
richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen
der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefal-
len ist, nach dessen Familiennamen.

III. Reichsabgabenordnung und Finanzgerichtsordnung

- a) Die Fachsenate entscheiden über Fragen der Reichs-
abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung, so-
weit nicht die Zuständigkeit des VII. Senats (Ziff. 25
des Aufgabengebiets des VII. Senats) gegeben ist. Das
gilt auch hinsichtlich solcher Verfahren, die sich zwar
aus den Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber in
keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z. B. wegen
Ordnungsstrafen gegen nicht erschienene Zeugen).
Sind mehrere Streitsachen desselben Steuerpflichtigen
anhängig, so ist zur Entscheidung zuständig
 1. über Nichtzulassungsbeschwerden (§ 115 Abs. 3 FGO)
der für die Sachfrage berufene Senat (Anmerkungen
zum Geschäftsverteilungsplan I 1, 2),
 2. soweit ausschließlich über Fragen der Reichs-
abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung zu
befinden ist, über die einheitlich entschieden werden
muß (z. B. Wiederaufnahme des Verfahrens, Wieder-
einsetzung in den vorigen Stand, Rechtsmittelver-
zicht), der Senat, in dessen Aufgabengebiet die
Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt (Anmer-
kungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1).
- b) Die Säumniszuschläge werden — wie bisher — von
den Senaten behandelt, die für die einzelnen Steuern
zuständig sind.

IV. Saarland

Die saarländischen Steuern werden von denselben Sena-
ten behandelt wie die entsprechenden Steuern in dem
übrigen Teil der Bundesrepublik.

V. Zuständigkeit bei Abgabe von Streitsachen über Investi- tionszulage

Hat der I. oder IV. Senat vor dem 1. Januar 1967 einen
Bescheid erlassen oder ein Urteil vorbehaltlich der Zu-
stimmung dieser Senate beschlossen, so bleiben diese
Senate für die mündliche Verhandlung oder für die end-
gültige Entscheidung nach Eingang der Stellungnahmen
dieser beteiligten Senate zuständig.

B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

I. Senat

Vorsitzender: Präsident Prof. Dr. von Wallis
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Prof. Dr. Grass
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Birkholz
Bundesrichter Dr. Döllerer
Bundesrichter Dr. Meßmer
Bundesrichter Beisse

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Reinert für die Bundesrichter
Prof. Dr. Grass
und Dr. Birkholz
Bundesrichter Schellenberger für die Bundesrichter
Dr. Döllerer
Dr. Meßmer
und Beisse

II. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Huhn
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Conze
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Egly
Bundesrichter Dr. Sigloch
Bundesrichter Nergert
Bundesrichter Schellenberger

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Rid für die Bundesrichter
Conze und Dr. Egly
Bundesrichter Dr. Förger für die Bundesrichter
Dr. Sigloch, Nergert
und Schellenberger

III. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Ringleb
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Dopatka
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Steinhardt
Bundesrichter Dr. Förger
Bundesrichter Dr. Rid

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Stendel für die Bundesrichter
Dr. Dopatka, Dr. Förger
und Dr. Rid
Bundesrichter Dr. Döllerer für die Bundesrichter
Steinhardt und

IV. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Grieger
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Littmann
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Rademacher
Bundesrichter Dr. Gräber
Bundesrichter Dr. Stendel
Bundesrichter Dr. Grimm
Bundesrichter Dr. Ernst

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Beisse für die Bundesrichter
Dr. Littmann, Rademacher
und Dr. Stendel
Bundesrichter Nissen für die Bundesrichter
Dr. Gräber, Dr. Grimm
und Dr. Ernst

V. Senat

Vorsitzender: Vizepräsident Wauer
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Malitzky
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Prof. Dr. List
Bundesrichter Voigt
Bundesrichter Linder
Bundesrichter Knopp

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Prugger für die Bundesrichter
Dr. Malitzky, Voigt und Knopp
Bundesrichter Dr. Schwarz für die Bundesrichter
Prof. Dr. List und Linder

VI. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Barske
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Kessel
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Siméon
Bundesrichter Görbing
Bundesrichter Reinert
Bundesrichter Mann
Bundesrichter Nissen

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Knopp für die Bundesrichter
Kessel, Dr. Siméon und Görbing
Bundesrichter Dr. Grimm für die Bundesrichter
Reinert, Mann und Nissen

VII. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Rahn
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Edsperger
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Prof. Dr. Mattern
Bundesrichter Dr. Schwarz
Bundesrichter Dr. Prugger

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Prof. Dr. List für die Bundesrichter
Edsperger und Dr. Schwarz
Bundesrichter Mann für die Bundesrichter
Prof. Dr. Mattern
und Dr. Prugger

Großer Senat

Vorsitzender: Präsident Prof. Dr. von Wallis
Bestellte Mitglieder: Bestellte Vertreter:
1. Senatspräsident Dr. Grieger Bundesrichter Görbing
2. Senatspräsident Dr. Ringleb Bundesrichter Reinert
3. Senatspräsident Barske Bundesrichter Dr. Siméon
4. Bundesrichter Steinhardt Bundesrichter Voigt
5. Bundesrichter Prof. Dr. List Bundesrichter Dr. Egly
6. Bundesrichter Beisse Bundesrichter Dr. Döllerer

Anmerkungen

1. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§§ 8, 10 FGO).
2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für diese Sitzung nach der Regelung des Senatspräsidenten gemäß § 8 Abs. 2 FGO ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.
3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Die weitere Vertretung regelt sich nach § 67 GVG.
4. Für den Fall der Verhinderung des Senatspräsidenten und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt dieser als fehlend.

C) Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

I. Mitglieder kraft Gesetzes:

1. der Präsident des Bundesfinanzhofs,
2. die Präsidenten der beteiligten Senate des Bundesfinanzhofs.

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Präsidenten eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung:

	Vertreter:
I. Senat: Bundesrichter Dr. Döllner	Bundesrichter Dr. Meßner
II. Senat: Bundesrichter Dr. Sigloch	Bundesrichter Nergert
III. Senat: Bundesrichter Dr. Rid	Bundesrichter Dr. Förger

IV. Senat:

Bundesrichter Dr. Gräber Bundesrichter Dr. Grimm

V. Senat:

Bundesrichter Linder Bundesrichter Knopp

VI. Senat:

Bundesrichter Nissen Bundesrichter Dr. Siméon

VII. Senat:

Bundesrichter Edsperger Bundesrichter Dr. Schwarz

Großer Senat:

Bundesrichter Steinhardt Bundesrichter Beisse

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters (nächstälteste) in den Gemeinsamen Senat ein.